

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgepaltenen Amm hohe (Beit-) Zeile ober deren Raum mit 15 Bfg. berechnet; auswärts 20 Bfg. Bei Wiederholung ent- sprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Bfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorrichtung und Belaglieferung ausgeschlossen. Annahmefähig für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Bfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Groß- und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 142

Donnerstag, den 23. November 1933

26. Jahrgang.

„Nach der Arbeit“

In einer Sitzung des Kleinen Konvents der Deutschen Arbeitsfront hat Dr. Ley die Grundgedanken der Neugestaltung des Feierabends des schaffenden Volkes verkündet.

Der beste Staatsmann kann mit einem Volke mit zer- störtem Nerven keine Politik treiben. Der verlorene Welt- krieg sollte uns diese Erkenntnis für alle Ewigkeit einge- hämmert haben. Unsere Gegner konnten infolge ihrer zahlen- mäßigen Überlegenheit ihren Soldaten die genügende Ruhe und Erholung gönnen, während wir Deutsche gezwungen Soldaten dauernd dem nervenzerrüttenden Feuer auszuweichen. Dasselbe erreichte der Gegner in der Heimat durch seine Hungerblockade.

Wir verloren den Krieg, weil wir die Nerven verloren haben.

Deshalb will der Führer, daß der nationalsozialistische Staat sich diese Erkenntnis immer vor Augen hält und da- her sorgt, daß die Nerven des Volkes gesund und stark er- halten bleiben.

Die Deutsche Arbeitsfront hat die Notwendigkeit ihrer Arbeit und die Möglichkeit ihres Aufbaues sowie die Klar- heit ihres Zieles durch die Wahl vom 12. November bewie- sen. Es ist gelungen, in knapp einem halben Jahr die zwölf Millionen Gegner des Nationalsozialismus in den neuen Staat hereinzuführen. Die erste Etappe, die Zurückführung des deutschen Arbeiters zu seinem Vaterland, ist damit er- reicht. Die nächste Etappe muß nun sein, dem deutschen arbei- tenden Menschen diese neue Heimat als das wohlfeilste und reichhaltigste zu erhalten. Millionen deutscher Menschen trachten deshalb ihren Blick voll Sehnsucht auf die schemen- haften internationalen Begriffe wie Amsterdam und Mos- kau, weil ihnen die eigene Heimat fremd geworden war und ihnen nichts mehr zu bieten vermochte.

Alle bisherigen Staatsgebilde hatten wohl den Alltag organisiert, jedoch die Verluße, Freizeit und Feier- abend zu organisieren, schlugen kläglich fehl. Die einen ergriffen sich in einer schulmeisterlichen Lehrbetätigung, die ihren müden Arbeitsmenschen auszuwählen, noch weiter anspannten, die anderen raubten dem schaffenden Menschen die Freiheit, indem sie ihn zu Partei- und Gewerkschafts- funktionären herabstufen. Die dritten glaubten ihn mit einem Reich unterhalten zu können. Aber alle begingen sie den einen Fehler: Dem arbeitenden Menschen von oben her Organisationen zu bilden, in die er herangezogen wurde, ohne ihn an dem Aufbau teilnehmen zu lassen. Alles das war falsch! Nur einem Staat von all den 43 Staaten des Weltreiches, den arbeitenden Menschen die Rangeweile zu lassen und ihnen für die Spelunken, die Wirtschaftler und die schlichten Vergnügungsstätten einen würdigen Ersatz zu bieten: der Staat muß folgen.

Der nationalsozialistische Staat, in Sonderheit die Deutsche Arbeitsfront will diese gewaltige Aufgabe über- nehmen und sie lösen. Folgende Gesichtspunkte werden für die Arbeiten der Deutschen Arbeitsfront maßgebend sein:

1. Es wird keine neue Organisation gebildet, sondern jedes Mitglied der Deutschen Arbeitsfront hat Anrecht auf die Veranlassungen für die Freizeit und darf ihre Einrich- tungen benutzen.
2. Es werden keine neuen Beiträge erhoben. Die Gelder der Deutschen Arbeitsfront werden für dieses Werk zur Verfügung gestellt nach dem Grundsatz: „Ihr gebt euer Geld nicht mehr wie früher für Streit- und Ausper- sungsfragen, sondern für eure Organisation der Frei- zeit „Nach der Arbeit“.“
3. Jedes Mitglied muß aktiv an dem Aufbau dieser Or- ganisation teilnehmen nach dem Grundsatz „Das Beste ist gerade gut genug, um dem Volke geboten zu wer- den“. Deshalb dürfen nur erstklassige Künstler und Kräfte hier mitwirken und ebenso nur erstklassige Ein- richtungen für diese Organisation zur Verfügung stehen. Jeglicher Dilettantismus ist abzulehnen!
4. Neben der geistigen und seelischen Erziehung legt die Organisation „Nach der Arbeit“ ihr besonderes Augen- merk auf die körperliche Erhaltung nach dem Grund- satz: „Nur ein gesunder Körper hat eine gesunde Seele“.
5. Soll das Volk sein Vaterland lieben lernen, so ist Vor- aussetzung, daß das Volk dieses kennt. Deshalb wird die Organisation „Nach der Arbeit“ den deutschen Men- schen durch Wochenendfahrten, Gemeinschaftslager, Fei- erfahrten usw. durch Deutschland führen und ihm die Schönheiten des Vaterlandes zeigen.
6. Die Organisation der Freizeit „Nach der Arbeit“ wird auf Wunsch des Führers in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft versuchen, je nach der Schwere und nervenzerrüttenden Arbeit des Menschen die Ausspan- nung, den Urlaub und die Freizeit deselben auszubei- den, so daß er bis in sein hohes Alter dem Volke er- halten bleibt.
7. Der oberste Grundsatz muß sein, nicht die Menschen zu be- liebig Veranlassungen abzukommandieren, sondern sie nach freiwilligem Entschluß wählen zu lassen, weil die Freizeitorganisation „Nach der Arbeit“ das Beste bie- tet, was geboten werden kann. Mit einem Wort, wir wollen dem Menschen wieder die Freude am Leben, an seine Heimat und sein Vaterland geben, damit er mit neu- erweckten Nerven frisch und gesund an seine Tagesarbeit

herangehen kann, dieses in der Erkenntnis, daß frohe Menschen auch glaubensstarke Menschen sind und das Glauben und Hoffen allein das Leben bejahen und daß allein die fanatische Lebensbejahung ein Volk befähigt, alle Stürme des Lebens zu überwinden.

Die Arbeitsmarktlage

keine wesentliche Veränderung der Arbeitsloseniffer.

Der Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. November 1933 befaßt: Zugang aus Saisonberufen brachten — wie regelmäßig um diese Jahreszeit — in der ersten Hälfte des Novembers ein geringes Anwachsen der Arbeitslosenzahl. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden Mitte November 3 776 000 Arbeitslose bei den Arbeitsäm- tern gemeldet gegen 3 745 000 zu Beginn des Monats. Der Zuwachs um rund 31 000 ist im Vergleich zu den Vorjahren, die für gleichen Zeitraum Zuwachsen von 156 000 für 1932, 220 000 bzw. 232 000 für 1931 und 1930 aufzuweisen hatten, wenig bedenklich. Weisfallen und Schließen konnten noch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit berühren.

Von den Arbeitslosen erhielten Arbeitslosenunterstützung 328 000 (plus 11 000), Arbeitslosenunterstützung 1 063 000 (minus 9000). Der Bestand an anerkannten Wohlfahrtsberwerbs- losen wird zum Stichtag Monatsmitte nicht aufgezählt. Die Zahl der Arbeitslosen, die bei den mit Mitteln der Reichsanstalt geförderten Arbeiten beschäftigt sind, betrug zu Beginn des Monats 314 500 und dürfte inzwischen weiter gestiegen sein. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahre durch das fallsträufige Vorgehen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beinahe verdreifacht.

Die Zahl vorliegende Zahl der Arbeitslosenmitglieder- statistik über die Entwicklung im Monat Oktober zeigt bei einem Bestand von über 14 000 000 Beschäftigten am 31. Oktober 1933 eine weitere Zunahme um 141 360. Auch hier ist es für die Erkenntnis der hinter der Arbeitsmarktlage- ziele die stärksten Zunahmen an Beschäftigten aufzuweisen haben.

Die Ergebnisse dieser ganz unabhängig von den Ar- beitsämtern geführten Beschäftigungsstatistik der Reichs- anstalt bezeugen die aus der Arbeitslosenstatistik abzulesen- den Erfolge des ersten Abschnittes der Arbeitsmarkt in vol- lem Maße; sie lassen sogar diesen Erfolg noch größer er- scheinen, denn während vom Höchstpunkt der Arbeitslo- sigkeit bis zum 31. Oktober die von Arbeitsämtern eingetragene Arbeitslosenzahl um rd. 2 256 000 zurückgegangen ist, hat vom Tiefpunkt der Beschäftigung bis zum 31. Oktober die Beschäftigungszahl darüber hinaus um 31 000 mehr zu- genommen.

Zu dem Bericht über den Stand der Arbeitsmarktlage am 15. November, der eine Steigerung der Arbeitslosen- zahl um rund 31 000 enthält, wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß die Berechnung in der Mitte des Monats nicht als besonders zuverlässig angesehen werden kann und erfahrungsgemäß die Arbeitslosenzahl durchweg etwas zu hoch angibt. Dies kommt daher, daß bei der Be- rechnung in der Monatsmitte nicht die Wohlfahrtsberwerbs- losen gezählt worden, da die Statistiken der Gemeinden die Wohlfahrtsberwerbslosen nur einmal im Monat zählen, im Gegensatz zur Reichsanstalt, die die Arbeitslosen und Ar- beitslosenunterstützten zweimal zählt. So entfällt die Möglichkeit, daß Wohlfahrtsberwerbslose, die in der ersten Hälfte des Monats in Arbeit kommen, erst am Ende des Monats aus der Statistik der Arbeitslosen ausscheiden. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß der Ausgleich am Ende der Statistik erscheinen wird.

Die Aufgaben des Arbeitsdienstes

Der Inspektor der Führerschule des Deutschen Arbeits- dienstes, Dr. Deffers, hielt in Berlin vor der Presse einen Vortrag über die Aufgaben des Arbeitsdienstes und den Aufbau der Führerschulen im Deutschen Arbeitsdienst. Er führte u. a. aus: Der Deutsche Arbeitsdienst soll nach dem Willen unseres Führers zwei große Aufgaben lösen. Einmal eine volkswirtschaftliche Aufgabe, die in der Erin- nerung der deutschen Volksgemeinschaft besteht, zum zweiten eine erziehungspolitische Aufgabe, nämlich die Umformung der jungen deutschen Menschen in der großen Erziehungsschule der deutschen Volksgemeinschaft.

In der Reichsschule des Deutschen Arbeitsdienstes und in den zwölf Bezirksschulen im Reich soll das Führertum im Deutschen Arbeitsdienst ausgebildet werden und für die großen Aufgaben auf die einheitliche Linie gebracht werden. Die Grundanlage einer erfolgreichen Arbeit für die Bewirkung einer Idee ist das rücksichtslose Befolgen des von der Gedan- kenwelt des Nationalsozialismus, die uns wieder erlöst hat aus der Führerlosigkeit der vergangenen fünfzig Jahre. Führer im Arbeitsdienst zu sein ist kein Beruf, sondern ein Dienst am lebendigen Deutschland.

In der Erziehung dieser Aufgabe liegt zulest auch die Sicherung der zukünftigen Friedenspolitik unseres Kanzlers und seiner Mitarbeiter, denn wir wollen der Welt zeigen, daß unser Volk nicht Tantis, nicht Gas und Kanonen braucht, um seiner Not Herr zu werden, sondern daß es mit den Waffen der Arbeit den Frieden eines Volkes wie-

derherstellen will, in dem niemand mehr unter der Not des Verfallers Dilettas zu verhungern braucht.

Die Banken im neuen Staat

Reichsbankpräsident Schacht vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß für das Bankwesen trat in Berlin zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Reichs- bankpräsident Dr. Schacht sagte in seiner Begrüßungs- ansprache, daß wir in einem Wirtschaftssystem leben, das nicht nur aus Theorien aufgebaut sei, sondern historisch ent- standen sei und eine große Tradition in sich schließe. Das Kapital als solches spiele in jeder Wirtschaft eine Rolle, eine ganz besonders große Bedeutung falle ihm aber in einer so komplizierten Wirtschaft wie der unseren zu. Das Leihkapi- tal sei etwas an sich Nützliches; diejenigen, die sich mit der Vermittlung und Beschaffung des Leihkapitals befassen, näm- lich die Banken, bildeten eine nützliche und volkswirtschaft- liche Einrichtung. Dr. Schacht hob jedoch den Unterschied zwischen dem Begriffen Geld und Kapital hervor, die nicht miteinander verwechselt werden dürften. Durch Vermehrung des Geldes könne nicht auch das Kapital vermehrt werden.

Kapital könne nur erarbeitet und erparnt werden. Das Kapital sei nicht Selbstzweck, sondern habe der Volks- wirtschaft zu dienen.

Die Moral des Schuldners sei in den letzten Jahren hier und da mindestens ebenso angreifbar gewesen wie die Mo- ral des Gläubigers. Die geistlichen Grundlagen für die Gläubiger- und Schuldnermoral müßten wieder hergestellt werden. Der Bankenausschuß werde sich zunächst mit dem Problem des privaten Bankwesens befassen.

Man habe viel davon gesprochen, daß eine Verstaat- lichung des Bankwesens Platz greifen müsse und daß da- durch die Fehler, die im Privatbankwesen entstanden seien, gemindert werden könnten. Deshalb werde an die Spitze der Erörterungen die Frage der Verstaatlichung des Bank- wesens gestellt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wies Professor Dr. Bente von der Universität Kiel darauf hin, daß man auf Grund der in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen darauf schließen könne, daß das Vertrauen zu den Spar- kassen in weiten Schichten der Bevölkerung so außerordent- lich groß gewesen sei, daß man die Frage, ob ein staatliches Institut größeres Vertrauen als eine private Bank finde, bejahen könne. Auch wenn das Bankwesen mehr oder we- niger verstaatlicht wäre, könnte ein gewisser Wettbewerb zwi- schen den einzelnen Banken bestehen bleiben.

Genfer Reformpläne

Der Völkerbund soll umgebaut werden.

Paris, 22. November.

Nach Meldungen aus Genf soll in Völkerbundskreisen der Gedanke, den Völkerbund zu reorganisieren, Fortschritte machen. Der Generalsekretär des Völkerbundes habe mit einem belgischen Juristen verhandelt, der einen neuen Völ- kerbundplan ausgearbeitet habe.

Der belgische Plan sehe die Loslösung des Völkerbunds- paktes vom Verfaller Vertrag vor, wobei der Völkerbunds- pakt so geändert werden soll, daß auch die Vereinigten Staaten, Rußland, Deutschland und Japan ihm beitreten könnten.

Beratung der Vertagungsformel

Die französischen, englischen und amerikanischen Haupt- delegierten haben unter dem Vorsitz Hendersons wiederum eine lange Sitzung abgehalten, die den Zweck hat, den Text der Vertagungsformel für die Abrüstungskonferenz festzu- stellen.

Es wird bestätigt, daß der Hauptausschuß der Ab- rüstungskonferenz anschließend an die Januar-Tagung des Völkerbundrates zusammentreten soll.

Die Sklarek-„Buchführung“

Im Prozeß gegen den früheren Stadtbauinspektor Schröder wegen schwerer passiver Bestechung wurde der Buchhalter der Firma Willy Sklarek, Tuch, vernommen, der sich über die Revisionen des Angeklagten Schröder äußerte. Schröder habe die ihm vorgelegten Bücher kaum angesehen, dann habe er schon Kuchen mit Kaffee gegeben. Für alle Zwecke, so betonte der Tuch, hätten den Sklareks ge- schätzte Bücher zur Verfügung gestanden zum Teil für die Steuer, zum Teil für die Stadtbau.

Die einzige richtige Buchführung hatte Max Sklarek in seinem Notizbuch.

Tuch betonte weiter, die Revisionen seien vorher angemel- det worden. Wenn er seine Bücher bis zu dem angetragenen Termin nicht fertig hatte, habe er den Sklareks erklärt, die Revision dürfe noch nicht stattfinden, er sei noch monatelang im Rückstand. Wenn er dann auf dem Laufenden ge- wesen sei, habe er die Sklareks benachrichtigt, daß jetzt die Revisionen kommen könnten. Tuch berichtete noch, daß in einem Geschäftsbuch, das Schröder vorgelegt wurde, die ge- schätzten hohen Lieferungen der Sklareks an die Straßen- bahnen, die in dieser Höhe gar nicht existieren, eingetragen waren, und nur hundert Seiten weiter hinten die richtigen, bedeutend niedrigeren Lieferungen, so daß bei richtiger Prüfung der ganze Schwindel sofort aufgedeckt worden wäre. Die Revisionen hätten aber nichts gemerkt.

Verständigung ist möglich!

Der Führer über die deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 23. November.

Der „Matin“ veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die der Außenminister des französischen Reichstages, L. Brinon, mit Reichstanzler Adolf Hitler gehabt hat. Brinon hebt die zwanglose herzliche Aufnahme durch den Reichstanzler hervor, der im Gegenlag zu anderen Staatsmännern jedes Jeremiad und jedes Injensehens vermeidet, dessen inneres Feuer aber lebend zum Ausdruck kommt.

Der Reichstanzler habe erklärt, daß seine Einstellung stets die gleiche sei. Er wünsche die Aussprache und Verständigung, weil er darin die Garantie für den Frieden erblicke. Er wolle, daß dieser wahrhafte Frieden zwischen beiden Völkern geschlossen werde. Er habe dies wiederholt erklärt, aber man habe ihm immer nur mit mißtrauischen Worten geantwortet. — Sein Wille habe sich jedoch nicht gewandelt.

„Ich glaube“, so erklärte der Reichstanzler, „daß das Ergebnis der Volksabstimmung meinem Wunsch neue Kraft gibt. Wenn früher Stresemann oder Brüning verhandelt, so konnten sie sich nicht darauf berufen, daß das deutsche Volk hinter ihnen stehe. Ich aber habe ganz Deutschland! Ich habe dem Volke nicht verheimlicht, was ich wollte. Das Volk hat meine Politik gebilligt.“ Das Gespräch sei dann auf das deutsch-französische Problem übergegangen. Adolf Hitler, so schreibt de Brinon, glaube an die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung.

„Ich habe die Überzeugung — so habe der Reichstanzler erklärt — daß, wenn die Frage des Saargebietes, das deutsche Land ist, einmal geregelt ist, nichts Deutschland und Frankreich in Gegensatz zu einander bringen kann. Elsass-Lothringen ist keine Streitfrage. Aber wie lange noch wird man wiederholen müssen, daß wir weder absorbieren wollen, was nicht zu uns gehört, noch daß wir uns von irgend jemand nicht lassen sollen, der uns nicht liebt! In Europa besteht nicht ein einziger Streitfall, der einen Krieg rechtfertigt. Alles läßt sich zwischen den Regierungen der Völker regeln, wenn sie das Gefühl ihrer Ehre und ihrer Verantwortlichkeit besitzen. Es gibt ein von vaterländischem Geist befehltes Polen und ein nicht weniger an seinen Traditionen hängendes Deutschland. Zwischen ihnen bestehen Differenzen und Reibungspunkte, die auf einen schlechten Vertrag zurückzuführen, aber nichts, was Wert wäre, kostbares Blut zu vergießen, denn es sind immer die Besten, die auf den Schlachtfeldern fallen.“

Deshalb ist zwischen Deutschland und Polen ein gut nachbarliches Abkommen möglich.

Man beleidigt mich, wenn man weiterhin erklärt, daß ich den Krieg will. Sollte ich so wahrhaftig sein? Den Krieg? Er würde das Ende unserer Rassen bedeuten, die Eliten sind, und in der Folge der Zeiten würde man sehen, wie Asien sich auf unserem Kontinent festsetzt und der Bolschewismus triumphiert. Wie sollte ich einen Krieg wünschen, während doch die Folgen des letzten Krieges noch auf uns lasten und sich noch 30 oder 40 Jahre lang fühlbar machen werden.

Ich denke nicht für die Gegenwart sondern ich denke an die Zukunft.

Ich habe vor mir eine lange innerpolitische Arbeit. Ich habe dem Volke den Begriff seiner Ehre wiedergegeben. Ich will ihm auch die Lebensfreude wiedergeben. Wir bekämpfen das Elend. Schon haben wir die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt. Aber ich will Besseres leisten! Ich werde noch Jahre brauchen, um dahin zu gelangen. Glaubzünde machen will?

Der Berichterstatter wies in diesem Zusammenhang auf die äußere Aufmachung hin, die man in Deutschland findet: die Freude und die Verberichtigung der Kraft. Der Reichstanzler habe darauf erwidert, daß Deutschland fähig sein müsse, sich zu verteidigen. Sein Programm lasse sich folgendermaßen präzisieren: keinen Deutschen für einen neuen Krieg; aber für die Verteidigung seines Vaterlandes das gesamte Volk. Wenn die Jugend in Deutschland in Reich und Ruhm marschiere, wenn sie die gleiche Freiheit

trage, so besäße, wenn sie die neue Ordnung um ihre Garantie verkörpere. Der Reichstanzler führte nach der Schilderung de Brinons

zum deutsch-französischen Problem

aus: Mein Vaterland ist nicht eine zweitrangige Nation. Sondern eine große Nation, der man eine unerträgliche Behandlung aufzuzwingen hat. Wenn Frankreich seine Sicherheit darauf aufbauen gedächte, daß es Deutschland unmöglich sei sich zu verteidigen, dann ist nichts zu machen, denn die Zeiten, in denen das möglich war, sind zu Ende.

Wenn Frankreich aber seine Sicherheit in einem Abkommen finden will, bin ich bereit, alles anzuhören, alles zu begreifen, alles zu unternehmen. Man weiß ziemlich genau, worin die von Deutschland geforderte Gleichheit besteht. Moralisch handelt es sich um ein absolut gleiches Recht. Die praktische Durchführung kann etappenweise erfolgen, und man kann über die Einzelheiten verhandeln. Aber man sagt mir: Gewiß, Gleichheit, jedoch keine Gleichheit ohne Gegenleistung. Welche Gegenleistung? Man müßte endlich den Inhalt des französischen Wortes Sicherheit kennen!

Auf den Hinweis de Brinons, in Frankreich möchte man auch die Gewissheit haben, daß nach endgültiger Regelung der Differenzen nicht neue Schwierigkeiten auftauchen, erwiderte der Kanzler: „Ich allein entscheide über die Politik Deutschlands, und wenn ich mein Wort gebe, dann bin ich gewohnt, es zu halten. Was ist also noch notwendig? Ich habe keinen Thron geerbt, ich habe aber eine Ehre aufrechtzuhalten. Ich bin ein Mensch, der handelt und der seine Verantwortung übernimmt. Ich bürgte mit meiner Person für das Volk, das ich führe und das mir die Kraft gibt. Aber sprechen wir von der französischen Sicherheit! Wenn man mir sagen würde, was ich für sie tun kann, würde ich es gern tun, wenn es sich nicht um eine Uebere oder um eine Drohung für mein Land handelte. Ein englischer Journalist hat geschrieben, daß man zur Beruhigung Europas eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen und Frankreich die zusätzliche Sicherheit eines Verteidigungsabkommens mit England geben müsse. Wenn es sich um ein derartiges Bündnis handelt, will ich es gern unterschreiben; denn

Ich habe keineswegs die Absicht, meinen Nachbarn anzugreifen. Polen liegt es sehr ehn, aber weil Polen östlicher liegt als Frankreich, fenne es uns besser!“

Auf die Frage, ob Deutschland nach Genf zurückkehren werde, habe der Reichstanzler geantwortet: „Als ich Genf verließ, habe ich eine notwendige Handlung vollzogen, und ich glaube, damit zur Klärung der Lage beigetragen zu haben. Wir werden nicht nach Genf zurückkehren. Der Völkerbund ist ein internationales Parlament, in dem die Machtgruppen im Gegensatz zu einander stehen. Die Mißverständnisse sind dort verdrängt worden anstatt gelöst zu werden. Ich bin stets bereit, und ich habe das bewiesen, Verhandlungen mit einer Regierung aufzunehmen, die mit mir sprechen will.“

De Brinon zieht aus seiner Unterredung mit dem Reichstanzler den Schluß, daß das Urteil des englischen Journalisten Ward Price zutrifft, daß auf Grund einer Unterredung mit dem Reichstanzler von dessen Aufrichtigkeit überzeugt wurde.

Abbrüstungskonferenz verlag

Genf, 23. November.

Die entscheidende Sitzung des Büros der Abbrüstungskonferenz hat nicht ganz 10 Minuten in Anspruch genommen. Der vom Konferenzpräsidenten unterbreitete Bericht über die Verhandlung des Hauptausschusses bis Mitte Januar wurde von der Kommission ohne jede Diskussion angenommen.

In seiner Erklärung wies der Präsident auf die Gründe hin, die ihn veranlaßt hätten, die Vertreter der 4 Mächte sowie den Vizepräsidenten und den Berichterstatter der Konferenz zu Sonderverhandlungen einzuladen. Entscheidungen seien aber nicht getroffen worden, da man überzeugt gewesen sei, daß es einzig dem Büro oder dem Hauptausschuß der Konferenz zukomme, Entscheidungen zu treffen. Man habe eingesehen, daß die bestehenden Divergenzen über mehrere

Wichtige politische Fragen zu groß seien um so rasch eine verfrüht stattfindende Diskussion im Rahmen des Hauptausschusses zu günstigen Resultaten führen lassen.

Infolgedessen sei vorgeschlagen worden, daß das Hauptausschusses angezeigt erscheine. Das genaue Datum würde durch den Präsidenten nach Beratung mit dem Vizepräsidenten und dem Berichterstatter der Konferenz festgelegt werden. Es sei angeregt worden,

daß im jetzigen Stadium die Arbeiten der Abbrüstungskonferenz am ehesten erleichtert würden durch parallel laufende und ergänzende Anstrengungen zwischen verschiedenen Staaten und durch eine weitgehende Annäherung des diplomatischen Räderwerkes.

Es sei ebenfalls angeregt worden, daß die Regierungen den Präsidenten über ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Abrüstung in regelmäßigen Berichten unterrichten sollten, damit er nach Beratung mit dem Vizepräsidenten und den Berichterstatter, den Generalsekretär des Ausschusses, in welchem Maße die Abrüstungsarbeiten sich inzwischen weiter fortgesetzt haben, Bericht zu legen.

Japan zieht seinen Beobachter zurück

Die japanischen Marinebehörden haben den japanischen Beobachter bei der Abbrüstungskonferenz, Admiral Takagawa, angewiesen, nach Tokio zurückzufahren, da die meisten Vertreter der Abbrüstungskonferenz erwarten, daß die Abbrüstungskonferenz in Genf, um die Vertreter Japans aufzulösen. Admiral Takagawa hat sich zu fahnen.

König Georgs Thronrede

Eröffnung des englischen Parlaments.

London, 21. November.

König Georg eröffnete im Oberhaus den dritten Sitzungsdienstag des Parlaments mit einer Thronrede, in der es u. a. heißt:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind weiterhin freundschaftlich. Das Hauptziel meiner Regierung in internationalen Angelegenheiten ist, durch alle in ihrer Macht befindlichen Mittel den Frieden in der Welt zu bewahren und zu erhalten. Mit diesem Ziel vor Augen will meine Regierung weiterhin mit anderen Regierungen zusammenwirken und versuchen, eine befriedigende Lösung der verwickelten Abbrüstungsfragen zu erreichen und fruchtbare Ergebnisse aus den langen Arbeiten der Abbrüstungskonferenz zu erzielen. Meine Regierung bleibt weiterhin entschlossen, das internationale Zusammenwirken mittels friedlicher Aktion durch den Völkerbund aufrechtzuerhalten und in jeder anderen Weise, die dazu geeignet ist, gute Beziehungen zwischen allen Staaten und Völkern zu fördern.

Die Thronrede drückt weiter die Hoffnung aus, daß die neugebildete Ausschuss für die Verfassungsreform während der kommenden Tagung endgültige Vorarbeiten vorbereiten. Ferner wird in der Thronrede gesagt, daß die vergangene Jahr durch ein ständiges Wachen des Vertriebens in die Auswüchse des britischen Handels und der britischen Industrie gekennzeichnet gewesen sei. Die Regierung werde weiterhin ihre Anstrengungen fortsetzen, um günstige Bedingungen für den Ausfuhrhandel zu schaffen, insbesondere durch den Abschluß von Handelsabkommen. Auf diese Weise wird gehofft, daß Gelegenheiten für die Entwicklung der Baumwolle, Kohlen und anderer Ausfuhrindustrien geboten werden. Das Parlament werde aufgefordert werden, sofort umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um den Arbeitslosenverdrängungsplan auf eine gesunde Grundlage zu stellen und ein neues System zur Unterstüttung der durch Verdrängung bedingten Arbeitslosen zu schaffen.

Ein Zwischenfall

In der Eröffnungssitzung ereignete sich ein Zwischenfall. Als der König gerade seine Thronrede beendigt hatte, wurde der Abgeordnete der Labour Party Mr. Gower in der Tribüne, in denen er die Arbeitslosenpolitik der Regierung kritisierte. Dann wandte er sich an den König selbst und sagte: „Sie sollten sich schämen und an die Leute denken, die hungern vor Hunger sterben!“

„Aber Ihre große Kunst ist noch heute um so viel größer.“

„Die Zeit, die Arbeit haben das alles vollbracht. Donna Juana. Es ist für uns eine Freude, daß wir mit den größten Jirkus der Welt in Rio eintreffen konnten. Sie denken gern der schönen Stunden in diesem Hause, der Freundschaft, die uns damals geschenkt wurde. Solche Erinnerungen bleiben.“

Ihr Blick schweifte in Fernen. „Ja, viele Erinnerungen bleiben! Soviel Erinnerungen! Ich schreite an uns vorbei und werden vergessen. Doch immer kommt ein Mensch, den wir nie vergessen. Wie gern denke ich auch an Ihren lieben Vater, der immer so frühlich fröhlich fast als sein Sohn.“

„Er ist noch der Gleiche geblieben, wenn sein Haar weiß geworden ist, denn die vergangenen Jahre haben ihn nicht verändert. Aber er hat durchgehalten, und wir hoffen, daß er auch weiter möglich sein wird.“

„Ich glaube, Rio wird Sie bis zum letzten Tage nicht verlassen. Überall preist man begeistert die Leistungen von Jirkus Hollerbeck. Es muß herrlich sein, von Stadt zu Stadt von Land zu Land zu reisen und immer den Jubel, die Begeisterung der Menschen um sich zu haben.“

Marloff schüttelte lächelnd den Kopf. „Alles wird Gemüthsheit! Aber ich gefesse gern, daß Sie Beifall in Rio jedes Maß übersteigt und uns allen eine solche Freude bereitet. Es war das Feuer des Südens.“

„Lieben Sie das Feuer des Südens?“

„Ihre Augen trafen sich. Ich bin Deutscher.“ sagte Marloff. „Wir Deutschen lieben die Arbeit, scheuen aber das Feuer davon nicht. Aber es muß das Feuer sein, das Liebe und Freundschaft entzündet.“

„Das Feuer, das Liebe und Freundschaft entzündet, haben Sie schon gesagt, wunderbar! Aber trinken Sie lieber Freund. Wann darf ich Sie alle zu Gaste erwidern?“

„Uns alle?“

„Ja, alle Ihre Artisten, alle möchte ich zu Gaste haben.“

Hören Sie, Marloff, am kommenden Donnerstag kommen Sie nicht hierher. Das ist ein Feiertag in Ehren und heiligen unseres Landes. Ich lade den ganzen Jirkus ein. Wollen Sie mit der Ehren gehen?“

„Es soll uns eine Freude sein, Donna Juana!“

Da erblickte sie den Ring an seinem Finger.

Sie suchte zusammen, aber sie hatte sich gleich in der Welt. Nichts in ihrem Antlitz verriet den Sturm, der ihre Seele ging.

(Fortsetzung folgt)



Arbeiter-Kriegs- und Sozial-Verlag, Berlin, 1. Bd. (44. Fortsetzung.)

„Sennor“, sagte er dann höflich, „ich bitte Sie, zu bedenken, was Sie reden! Ich verstehe ja, daß der Anblick Fräulein Harbenbergs Ihr Herz höher schlagen läßt, aber... Sie ist meine Braut.“

Da zog es Almadros vor, sich mit Lorenzo wortreich zu verabschieden.

Als sich Marloff und Toni allein gegenüberstanden, mußten sie unwillkürlich lachen.

„Toni... Toni, was war das?“

„Ein Heiratsantrag des Millionärs Juan Almadros!“

„Und Sie haben ihn wirklich abgelehnt?“

„Jawohl! Aus unfehlbarer Liebe zu meinem Verlobten!“ sagte Toni beiläufig.

„Eine solche Chance lassen Sie aus?“

„Toni machte eine abweichende Handbewegung. „Ach was, Chance! Ich kenne nur eine Lebenschance, und die heißt Glück. Das hat aber nicht immer etwas mit Geld zu tun. Ich respektiere Geld, oh, ich weiß, welch gewaltiger Faktor es ist, aber“

Er nahm ihre Hand und drückte sie herzlich. „El, el, welch kluges Mädchen ist meine kleine Braut!“

Toni wurde über und über rot, dann aber lachte sie wieder.

„Ich habe auch etwas für Sie, Toni!“

„Was denn?“

„Einen Verlobungsring! Sogar mit Gravurung: „Meiner geliebten Braut.““

Toni betrachtete ihn und nickte. „Sehr praktisch, keinen Namen, keine Daten. Den Ring können Sie später weiter verwenden!“

„Toni, wenn ich einmal um Sie werben würde, bekäme ich auch einen Korb?“

Sie lachte ihn an. „Jawohl. Sie auch, jeder... jeder!“

Nein, ich mag nicht heiraten!“

„Bon!“ ging Marloff auf den Ton ein. „Wir bleiben ledig!“

Vor einem strengen Winter?

Die Meteorologen sagen, daß noch keine feststehende Jahreszeit vorausgesehen werden kann. Mag man diesen Jahreszeit rücksichtlich nennen, sie handelt sich nur um die wissenschaftlichen Grundfragen, daß erwiesen und durch langjährige Beobachtung bestätigt ist. Für langjährige Wettervorhersagen fehlen zur Zeit noch diese Beobachtungen, darunter vor allem die Eisregionen der Erdoberfläche, darunter vor allem die Eisregionen der Arktiden, die nicht nur mit einem riesigen Reiz von ständigen Wetteränderungen befüllt sind. Diese Tatsache ist aber natürlich nicht, daß die Menschheit sich auf Grund der Beobachtungen des Verhaltens der Natur ein wissenschaftlich nicht zu klärendes System aufgestellt hat, aus welchem sie ihre Frage: Wie wird der Winter? Und der Winter die große Frage: Wie wird der Winter? Und der Winter die große Frage: Wie wird der Winter? Und der Winter die große Frage: Wie wird der Winter?

4. Heiligung der Feiertage. Von verschiedenen Seiten sind Beschwerden über die Veranstaltung des Fußballspiels am gestrigen Tage bei uns eingelaufen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die Austragung eines Fußballspiels am Fuß- und Betttag, also an einem hohen Feiertag der evang. Kirche, eine große Taktlosigkeit ist. Für ein Wettspiel mit all dem Gejohle und Geklärr ist gerade der Fuß- und Betttag herauszuheben. Wenn man sich bereits nichts dagegen einwenden werden kann, weil gewisse sportliche Veranstaltungen erlaubt sind, hat doch das Volk ein Recht, sich solche Ungehörigkeiten zu verbieten. Wenn das Fußballspiel nicht verboten, so muß man es ihnen auf andere Weise begreiflich machen. — Die Redaktion ist sich dessen bewußt, daß sie die Veranstaltung des Wettspiels „unsanft auf den Fuß getreten“ hat, aber sie glaubt, daß die Interessen der Allgemeinheit über die Interessen eines Einzelvereins gehen.

30 Jahre evangelische Frauenhilfe. Die evangelische Frauenhilfe feierte am vergangenen Sonntag ihr 30jähriges Bestehen. Der Mütterverein konnte gleichzeitig seine 20-Jahr-Feier begehen. Den Anlaß dieses Doppelfesttags bildete ein feierlicher Gottesdienst in der Stadtkirche mit einer Ansprache von Pfarrer Höhnborn. Nach dem Gottesdienst zogen die Vereine mit ihren Gästen über den Marktplatz, um da die Sammlung der Gitterblätter für das Winterhilfswerk zu unterstützen. Bei einer gemeinsamen Kaffeetafel — alle über 60 Jahre alten Männer und Frauen waren die Gäste der beiden Frauenvereine — sprachen Pfarrer Dr. Bachmann und Pfarrer Höhnborn über die Geschichte und die Bedeutung der beiden Vereine. Ein kurzes Spiel leitete über zu einem Lichtvortrag über den schäferischen Kathismus. Gefänge eines kleinen Quartetts und des Jungmädchenvereins kamen zur Ausgestaltung bei. Der Abend vereinte die ganze Gemeinde zu einem Gedenken des großen Reformators der evangelischen Kirche. Unter Leitung von Pfarrer Höhnborn wickelte sich eine gut durchdachte Folge von gemeinsamen Liedern wechselten mit Quartetts- und Chorgerängen. Ein Laienspiel von W. Fleg „Die evangelische Frauenrevolte in Löwenberg“ ließ eine Begebenheit aus dem dreißigjährigen Kriege lebendig werden. Pfarrer Höhnborn, sprach feierlich über das Leben Luthers und über die Wandt seiner Persönlichkeit.

+ Dreizehnte. Die Stadt hat noch Dreizehnte abgegeben. Daselbst lagert am Rathaus.

— Tonfilmtheater Spangenberg. Wie uns die Kinotheaterleitung mitteilt ist am Totensonntag keine Kinovorstellung.

+ Aufnahmeperre beim Arbeitsdienst aufgehoben. Von der Reichsleitung des Arbeitsdienstes wird mitgeteilt: Die vor einiger Zeit angeordnete Sperre der Einstellung in den Arbeitsdienst ist aufgehoben. Junge Männer zwischen 18 und 25 Jahren, die in den Arbeitsdienst eingestellt werden wollen, können sich bei den Arbeitsämtern zu Einstellung melden.

+ Durchführung des § 15a der Gewerbeordnung. Nach § 15a der Gewerbeordnung müssen bei gewerblichen Betrieben, die einen offenen Laden haben oder eine Gast- oder Schankwirtschaft betreiben, ihren Familienangehörigen mit mindestens einem ausgeübten Vornamen an der Außenfront oder am Eingang des Ladens oder der Wirtschaft in deutlich lesbarer Schrift anbringen. Kaufleute, die eine Handelsfirma führen, haben zugleich die Firma in der bezeichneten Weise an dem Laden oder der Wirtschaft anzubringen. Wie die Industrie- und Handelskammer Rassel/Wahlhausen beobachtet hat, versuchen in letzter Zeit in verstärktem Maße Gewerbetreibende die Angaben des tatsächlichen Ladeninhabers dadurch zu verschleiern, daß sie das Geschäft zum Schein an einen anderen verkaufen, verpacken usw., der dann seinen Namen als den des Ladeninhabers anbringt. Diese Methode soll vielfach angewendet werden, um den Anschein eines arischen

Kaufmannscharf muß sowohl in der Firmenbezeichnung als auch bei der Inhaberangabe nach § 15a der Gewerbeordnung unbedingte Wahrheit und Klarheit im Interesse der Sicherheit des Geschäftsverkehrs herrschen und darf demgemäß nicht durch solche Schein-Rechtsgehalte die tatsächliche Inhaberschaft verschleiern werden. Die Industrie- und Handelskammer sieht sich daher veranlaßt, erneut auf das Unzulässige solcher Maßnahmen hinzuweisen mit dem Hinweis, daß die Polizeibehörden jederzeit nachprüfen, ob die Bestimmungen des § 15a der Gewerbeordnung ordnungsmäßig befolgt sind.

4 Die Wohlfahrtsbriefmarken, die in diesem Winter als Teilkasse des großen Winterhilfswerks verteilt werden, sind vom 1. November ab bei den Wohlfahrtsorganisationen und allen Postämtern zu haben. In Anknüpfung an das Richard Wagner-Gedächtnisjahr sind als Markenbilder Motive aus den Wulstbäumen dieses deutschen Meisters verwendet. Neue verschiedene Werte von 3 Pf. bis 40 Pf. gelangen zur Ausgabe. Szenen aus Tannhäuser, Fliegende Holländer, Rheingold, Meistersinger, Walküre, Siegfried, Tristan und Isolde, Lohengrin und Parsifal nach Entwürfen von Prof. Alois Kolb schmücken die Marken. Die Wohlfahrtsaufschläge betragen — besonders bei den kleineren gangbaren Werten — nur wenige Pfennige, die jeder aufbringen kann. Neben den Marken erscheint auch eine Wagner-Postkarte mit eingedruckter 6 Pf.-Marke (Verkaufspreis 10 Pf.), die das Porträt Wagners im Markenbild trägt und eine Ansicht des Bayreuther Festspielhauses zeigt. Die Benutzung dieser besonders gut gelungenen Karte bedeutet kaum ein

Ein gewaltiger Kampf um die Neuverteilung des Bodens, der uns ernährt — des Nahrungsraumes — wird einmal einsetzen müssen. Keine schwächliche Unanwahnung, kein feiges Zurückweichen kann ihn verhindern. Während in einigen europäischen Ländern eine auf die Dauer unerträgliche Ueberbevölkerung eintreten muß, wird in anderen Ländern eine im Vergleich dünne Bevölkerung sitzen. Dann müssen die Grenzen ins Unendliche kommen, der Ueberdruck auf der einen Seite wird auf die Widerstandsfähigkeit auf der anderen Seite treffen. Ein Ereignis von einer über Jahrhunderte sich erstreckenden Bedeutung, wie etwa die Völkerwanderung, wird sich vollziehen. Es ist noch nicht einmal sicher, daß dieser Kampf mit kriegerischen Mitteln ausgetragen wird. Es ist sogar etwas unwahrscheinlich. Dieser Kampf ist nämlich längst entbrannt, schon neigt er sich seiner Entscheidung zu, wenigstens er sich durch Jahrzehnte erstreckt und erstreckt wird. Es entscheidet sich schon stündlich, wie dieser Kampf ausfallen wird für unser Volk, es entscheidet sich in unseren Familien. Von Dir wird vielleicht die entscheidende Wendung der Dinge abhängen. Du mußt immer denken, auf Dich allein käme es an. Du mußt nicht auf die Launen neben Dir sehen sondern auf Deine Pflicht. Du mußt in einer Schlacht, in der das Schicksal Deines Volkes für immer entschieden wird, mit brennendem Eifer vorangehen und durch Dein Beispiel die Launen mitreißen, auf daß die Schlacht für unser Volk gewonnen werde.

Dieser Kampf, der nichts anderes ist, als das Bemühen des einen Volkes, das andere zahlenmäßig zu übertreffen durch eine höhere Zahl von Geburten, dieser Kampf ist längst ausgebrochen. Wir nennen ihn den Geburtenkampf. Das Volk, das ihn gewinnt, hat den größten Anspruch auf Raum, hat die größte Kraft, diesen Anspruch durchzusetzen und zu verteidigen. Es gibt Menschen, die glauben, daß der Geburtenkampf die Kriege überflüssig machen wird.

+ Mehr Pflege der Obstbäume! Es ist ganz selbstverständlich, daß ein großes Augenmerk der Pflege der Obstbäume mit dem Endziel „Hebung des Obstbaues“ zugewandt werden muß. Der Kreisobstbauverein hat es sich zur Aufgabe gestellt, an seinem Teile dazu beizutragen, daß in Deutschland nur noch Obst aus dem eigenen Lande auf den Markt kommt. Um diese Bestrebungen in weitestem Maße der Bevölkerung einzuzutragen, finden Beratungs- und Fortbildungskurse statt, an denen Jedermann ohne

Malzkaffee? Ja, aber den Kneipp-Malzkaffee Kathreiner

Kaufmannscharf teilnehmen kann. Wie aus der Bekanntmachung im Angelegenheit hervorgeht, ist für Spangenberg ein solcher Vortrag für den 28. November d. J. vorgesehen. Es wird erwartet, daß diesen Kursen das notwendige Interesse jedes Obstbaubesizers entgegengebracht wird.

+ Keine „Weiße Woche“ mehr. Im Hinblick auf die großen Missetaten, die sich bei der Abhaltung der „Weißen Woche“ ergeben haben, erklärt die Industrie- und Handelskammer Rassel/Wahlhausen, eig. Rassel, die Abhaltung von „Weißen Wochen“ für ihren Bezirk für unzulässig. Mit dieser Regelung trägt die Industrie- und Handelskammer den langjährigen Wünschen der in Frage kommenden Fachkreise Rechnung.

des „Deutschen Feld-Ehren-Zeichen“ mit der Besiggnisnummer von 1—10000, die bisher noch nicht das „Deutsche Feld-Ehren-Zeichen“, das Erkennungszeichen der Frontsoldaten des Weltkrieges, erhielten, werden gebeten, ihre jetzige Anschrift unter genauer Angabe ihrer Besiggnisnummer der Hauptverwaltungsstelle des „Deutschen Ehren-Zeichen“ Hamburg 11, Herrengraben 11/14, mitzuteilen, um den alten Kämpfern des Weltkrieges nebst Original des „Deutschen Feld-Ehren-Zeichen“ aus dem „D.F.E.Z.“ Fonds überreichen zu können.

Hünfeld. Die Gemeinde Madenzell ist seine vier „Mehrwähler“ ganz plötzlich losgeworden. Unser Jungvolk hat sie einfach über Nacht symbolisch aufgehängt. Am Sonntag morgen baumelten an einer langen Dachlatte vor dem Wahllokal vier in Lumpen gewickelte Altpapier. Dazwischen die Aufschrift: „Das sind die vier Landesverräter von Madenzell wert!“ Die Jugend hat auch gerichtet!

Allerlei Neuigkeiten

Säntes wahrheitswidrige Aussagen. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat gegen den 38 Jahre alten Zellenhauer Rudolf Sänte Anklage wegen Meineides erhoben. Sänte war bekanntlich am 30. Oktober d. J. auf Antrag des Oberreichsanwaltes im Reichstagsbrandstiftungsprozess verhaftet worden. Die Voruntersuchung hat ergeben, daß Sänte unter seinem Eid wissentlich falsche Angaben über seine Zugehörigkeit zur KPD, und seine Bekanntschaft mit dem im Reichstagsbrandstiftungsprozess angeklagten Tanneff gemacht hat. Ebenfalls hat der Beschuldigte zugegeben, daß seine eidliche Aussage, er habe Tanneff in Rumänien kennengelernt und in Berlin zufällig getroffen, falsch war. Schließlich hat Sänte auch insofern unter seinem Eid die Unwahrheit gesagt, als er o. o. dem Vierten Strafsektors des Reichsgerichts behauptete, er habe für Tanneff keinen Puffer am Bahnhof geholt. Die Hauptverhandlung dürfte schon in der nächsten Zeit vor dem Schwurgericht in Berlin stattfinden.

Mit dem brennenden Kraftwagen in die Havel. An der Havel-Fähre in Rathenow ereignete sich ein schwerer Unfall. Als der Inhaber eines Installationsgeschäftes, der frühere Direktor Bergmann, von Milow im Kraftwagen nach Prenzlau fahren wollte, entstand kurz vor der Fähre, anscheinend infolge Benzinrohrbruchs, ein Vergaserbrand. Der im Innern brennende Wagen fuhr über die Fähre hinweg und stürzte in die Havel. Nach einer Stunde konnte er geborgen werden. Bergmann lag tot am Steuer. Der Arzt stellte Herzhalslaß fest.

Ein Einbrecher aus dem Grabe geholt. Es ist der Kriminalpolizei in Bottrop-Bonn gelungen, den Räuber Mitolaiatz und seine Geliebte festzunehmen, denen 25 Einbrüche und vier Raubüberfälle nachgewiesen werden konnten. Die Kriminalpolizei hat inzwischen das Konto des sauberen Paars nachgeprüft und festgestellt, daß sich dessen Straftaten auf 72 erhöhen. Ein geradezu raffiniertes Versteck hatte sich der Verhaftete ausgeklügel, um dem Zugriff der Polizei zu entgehen. Mitolaiatz war auf den alten Friedhof im Stadtteil Bonn geflohen und dort plötzlich verschwunden. Ein Rittmeister wurde jedoch auf ein neu hergerichtete Grab aufmerksam. Man entfernte die Kränze und entdeckte unter ihnen versteckt den lebendigen „Leichnam“ des Verbrechens. Der gerissene Bursche wurde dann gepackt und ins Polizeigefängnis transportiert.

Den Ehemann mit dem Hammer erschlagen. In Berszumen bei Syd hat die Ehefrau des Tischlers Hermann Klenkowski ihren Ehemann im Schlaf mit einem Hammer erschlagen und ihn nach der Ermordung in den Kuchstall geschleppt. Die Frau ist geständig.



Herr Knätschrich und Frau Amanda.

„Jawoll, Winterhilfe von unserem Geld, das kann den Leuten so passen. Und wer bezahlt für uns die Kur in Karlsbad und Marienbad?“

Malzkaffee — von einem Deutschen erfunden! Getränke aus einfach gebranntem Rohkaffee hat man immer getrunken, seit Ollms Zeiten. Aber merkwürdiger Weise scheint im Laufe der Jahrhunderte niemand gekommen zu sein, daß man, wenn auch mit einiger Mühe, aus demselben Rohstoff etwas viel Besseres machen könnte, nämlich Malzkaffee. Der erst vor etwa vierzig Jahren erfunden worden und zwar von einem Deutschen, von Sebastian Kneipp, der davon träumte, daß eines Tages das ganze deutsche Volk seinen gefunden und billigen Malzkaffee, den „Kathreiner“ trinken sollte. Heute trinkt man ihn überall — diesen Kneipp-Malzkaffee, der aus deutschen Malz, von deutschen Arbeitern, auf deutschen Maschinen gemacht wird. Wie würde sich der Vater Kneipp freuen, wenn er das noch erlebt hätte.



Sport-Ecke.



Fußball D. F. B.

Fortschule 1. — Spangenberg 1.

Der Fortschule gelang es bei dem gestrigen Fußballspiel, die D.F.B.-Mannschaft mit 3:1 zu schlagen. Allerdings spielte Spangenberg nur mit 9 Mann.

Syrien-Französischer

Bündnisvertrag mit Frankreich

Paris, 22. November.

Zwischen Frankreich und Syrien ist ein Vertrag unterzeichnet worden, der die Aufhebung des französischen Mandats über Syrien und die Selbstständigmachung Syriens in ähnlicher Form wie der vor einem Jahre abgeschlossene Vertrag Englands mit dem Irak vorsieht.

Der Vertrag, der vom syrischen Parlament ratifiziert werden muß und am Tage der Aufnahme Syriens in den Völkerbund in Kraft tritt, sieht, wie der Irakvertrag, eine vierjährige Übergangsperiode vor, während der die künftigen Beziehungen zwischen Syrien und Frankreich im einzelnen geregelt werden sollen.

Der Vertrag ist ein Friedens- und ewiger Freundschafts- sowie ein Bündnisvertrag. Dem Vertrag sind zwei Protokolle beigegeben, die ein Militärabkommen, ein Gerichtsabkommen, Finanzabmachungen und ein Abkommen über das Statut der französischen Beamten in Syrien vorsehen.

Das französisch-syrische Bündnis legt beiden Ländern die Verpflichtung auf, sich in allen außenpolitischen Fragen gegenseitig zu befürworten. Frankreich übernimmt die Verpflichtung, Syrien seinen militärischen Beistand zu leisten, insbesondere auch für die Organisation, die Ausbildung und die Ausrüstung der syrischen Truppen. Die Franzosen stellen außerdem der syrischen Regierung technische Mitarbeiter, richterliche u. a. Beamte zur Verfügung. Die syrische Regierung verpflichtet sich, den völkischen und konfessionellen Minderheiten in ihrem Verwaltungsgebiet eine Behandlung angedeihen zu lassen, die den allgemeinen Grundsätzen des Völkerbundes entspricht. Außerdem verpflichtet sich die syrische Regierung, zwischen den verschiedenen Gebieten, die im Nahen Osten unter französischem Mandat stehen, die gegenwärtig bestehende wirtschaftliche Interessengemeinschaft aufrecht zu erhalten. Der Vertrag tritt erst am Tage der Aufnahme Syriens in den Völkerbund in Kraft.

Der Kampf um den Dollar

Eine Zentralinstanz für Handelsfragen.

Washington, 23. November.

Der Finanzberater des Schatzamtes, Sprague, ist zurückgetreten. In einem Briefe an den Präsidenten Roosevelt begründet er seinen Entschluß damit, daß er sich zu der gegenwärtig befohlenen Finanzpolitik in grundsätzlichen Gegensätzen befindet.

Die einzige Möglichkeit, gegen den Strom zu kämpfen, der das Land in eine unbegrenzte Inflation hineinzieht, liegt darin, die öffentliche Meinung dagegen mobil zu machen und zu organisieren. Weil er zu einer derartigen Bewegung das Seine beitragen wollte, verließ er seinen Posten. Er ist fest davon überzeugt, daß eine Politik der Dollarentwertung durch Goldankäufe im Ausland keineswegs zu einer schnellen Erhöhung der Warenpreise führen werde.

Präsident Roosevelt hat einen Vollzugsauschuss eingesetzt, der die Handelspolitik der Regierung einheitlich gestalten und ein Zentralüberwachungsorgan für alle Regierungsmassnahmen darstellen soll, die für den Ein- und Ausfuhrhandel getroffen werden. Unterstaatssekretär Phillips ist einstweilen zum Vorsitzenden des Ausschusses bestellt worden. Der Vollzugsauschuss soll in allen Angelegenheiten befragt werden, die den Außenhandel betreffen, und außerdem bei Handelsvertragsverhandlungen gehört werden.

MacDonald optimistisch

Außenpolitische Aussprache im englischen Unterhaus.

London, 22. November.

Bei der Aussprache im Unterhaus über die Thronrede kritisierte der Führer der Opposition, Lansbury, die Regierungspolitik in der Abrüstungsfrage, weil sie niemals zum Frieden führen werde. Er bemerkte weiter, die Thronrede enthalte nichts, was der Masse der Bevölkerung und den Arbeitslosen eine Botschaft der Hoffnung bringe.

Premierminister MacDonald erklärte, die heutige Lage in Europa sei eine stadiumweise Fortsetzung der Nachkriegszeit und der Friedensverträge. MacDonald wiederholte die Entschlossenheit der britischen Regierung, das Wort der internationalen Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Er erklärte, wenn der britische Abrüstungskonventionsentwurf angenommen worden wäre, so würde das für die völlige Abrüstung der Welt stark beigetragen haben. Das Gelingen dieses sei durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und durch sein Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz erschwert worden. Wenn das Vertrauen in der

Welt nicht in härteren Maße zunehme, dann sei eine Abrüstung unmöglich. Die jüngste Lage in Genf lasse sich etwa wie folgt darlegen: Sir John Simon habe an einer Reihe von Bepfehlungen mit Henderson und mit den führenden Delegierten der übrigen in Genf vertretenen Staaten teilgenommen. Bepfehlungen, die durchaus freundschaftlichen Charakter getragen hätten und als nützlich zu bezeichnen seien. Er habe nach seiner Rückkehr berichtet, daß man in Genf entschlossen sei, die Probleme durch Gemeinschaftsarbeit zu lösen.

Es bestünde keine Absicht, das Werk der Abrüstung scheitern zu lassen. Doch sei die Ansicht weit verbreitet, daß man neben den Arbeiten in Genf ergänzende Bemühungen auf diplomatischem Wege unternehmen müsse, um die Arbeiten der Abrüstungskonferenz wirksam zu unterstützen. Sir John Simon vertrete in Genf das gesamte britische Kabinett. Die britische Regierung hoffe, daß Deutschland an dem Meinungsaustausch über die schwebenden Probleme sich beteiligen werde und daß Frankreich und Italien die Bemühungen fortsetzen werden, die „wir zusammen so einmütig unternommen haben und auch weiterhin unternommen werden, um die Konferenz zu guten Ergebnissen zu führen“. In allen diesen Fragen werde man mit den Vereinigten Staaten in enger Fühlung bleiben. Wo es einen Willen gebe, da gebe es auch einen Weg; und die britische Regierung habe bestimmt den Willen, der Abrüstungskonferenz zum Erfolg zu verhelfen. Sie werde keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um einen Weg zu finden und ihn bis zum erfolgreichen Ende zu verfolgen.

Zum Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz erklärte der Ministerpräsident u. a., die deutsche Politik, nicht nur zum zweiten Male die Abrüstungskonferenz zu verlassen, sondern gegen den Völkerbund selbst einen Schlag zu führen, habe zweifellos das Werk von Genf nachteilig berührt. Daß die Konferenz weitergeführt werden müsse, habe niemals in Frage gestanden. Der einzige Zweifel habe darüber bestanden, welches das bestgeeignete Verfahren sei. Der Premierminister teilte zum Schluß seiner Rede mit, daß die englischen Verhandlungen mit Rußland günstig voranschritten gingen.

Kriegsminister Lord Halifax erklärte im Namen der Regierung, Sir John Simon und Eden seien nicht auf Aufforderung Hendersons sondern auf Wunsch des Kabinetts nach Genf gegangen. Sie seien zurückgekehrt, weil in Genf niemand war, mit dem Fortschritte gemacht werden konnten. Es seien keine Vertreter ausländischer Mächte dort gewesen, um mit ihnen zu verhandeln, und es sei nützlich für sie gewesen, heimzukehren und für die Möglichkeit der Erreichung eines Erfolges in der Abrüstung zu wirken, als in Genf Dämme zu brechen, während die anderen Staatsmänner über die zivilisierte Welt zerstreut seien. Die Regierung wünsche vor allem ein Abkommen in der Abrüstungsfrage zu erreichen, das sie für einen gewaltigen Fortschritt zur Sicherung des Friedens ansehe. Sie glaube, daß der Friede das einzige Mittel sei, um Ausgaben für Rüstungen zu vermeiden, die für England und die Welt katastrophal seien. Eine Veröffentlichung der Dokumente über die englisch-deutschen Bepfehlungen vor dem 14. Oktober sei nach Ansicht der Regierung im gegenwärtigen Augenblick nicht der Erreichung des Zieles dienlich, das sie im Auge habe. Die Regierung glaube, daß eine Veröffentlichung heute weder im öffentlichen noch im internationalen Interesse liege.

Die Arbeitsbeschaffung im Winter

Ein Erlaß des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 21. November.

Der Reichsarbeitsminister ergänzt in einem Rundschreiben an die obersten Landesbehörden für Arbeitsbeschaffung die Vorbereitungen zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit im bevorstehenden Winter durch den Hinweis auf einige Punkte, die für diese Aktion von besonderer Wichtigkeit sind.

Er betont insbesondere, daß bei sämtlichen bereits im Gange befindlichen oder für die nächste Zeit geplanten öffentlichen Arbeiten, auch soweit sie trotz erster Bemühungen, die Fortsetzung zu ermöglichen, während des Winters vorübergehend eingestellt werden müssen oder erst im Frühjahr begonnen werden können, alle Aufträge zur Lieferung von Baustoffen oder Geräten zur Ausführung während der Wintermonate vergeben werden müssen. Das gilt in ganz besonderem Maße für die Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung.

Aber auch alle übrigen Auftragsmöglichkeiten der öffentlichen Hand müssen in den Wintermonaten zusammengefaßt eingekauft werden. Der Reichsarbeitsminister erinnert dabei u. a. an die Aufträge für Beamtenbefriedung und für den Verwaltungsbedarf. Einen besonderen Abschnitt seines

wirtschaftlichen, deren große, auch im Winter gegebenen Arbeitsmöglichkeiten in den kommenden Monaten in möglichstem Ausmaß für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nutzbar gemacht werden sollen.

Eine Verfügung der Parteileitung

München, 21. November.

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, veröffentlicht folgende Verfügung:

Parteigenossen, die ein staatliches Amt bekleiden, Parteibeamteten dürfen auf eigene Faust keine Parteipolitik herausgeben, die ersten ein Höchsteinkommen der Bevölkerung oder einzelner Bevölkerungsschichten festzusetzen, zweitens das Doppelverdienstverbot regeln sollen, drittens die Besteuerung mangels Abgaben allgemeiner Art über die offiziellen Steuern hinaus auferlegen. Das Recht, Verordnungen zu erlassen, steht lediglich den zuständigen Behörden zu.

Dank an die Hitler-Jugend

Berlin, 21. November.

Der Reichsführer des Winterhilfswerkes, Hilgenberg, hat an die Hitlerjugend folgenden Dank gerichtet:

„Deutsche Jungen, deutsche Mädchen! Ihr seid am vergangenen Sonntag in unermeßlichem Fleiß für das große Werk der deutschen Winterhilfe in den Kampf gegen Hunger und Kälte gezogen. Ihr habt am frühen Morgen bis zum späten Abend der Kälte zum Trotz ausgehakt mit einer Begeisterung, für die ich euch ganz besonders danke. Durch euren Einsatz ist für Millionen dürftiger deutscher Volksgenossen Brot und Wärme ermöglicht worden, und ihr habt damit um das ganze deutsche Volk das Band der Opfergemeinschaft geschlossen.“

Neurath zum Tode Scialojas

Berlin, 21. November.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, hat an den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini folgendes Telegramm gerichtet:

„Zu dem schweren Verlust, den die italienische Regierung und die italienische Nation durch das Hinscheiden Seiner Exzellenz, des Herrn Staatsminister Vittorio Scialoja dieses hervorragenden Staatsmannes und Reichsgesandten ersten Ranges, spreche ich, Exzellenz, im Namen der Reichsregierung aufrichtiges Beileid aus.“

Beihilf im Berliner Polizeipräsidium

Berlin, 21. November.

Der Polizeipräsident Dr. Mosle in Berlin ist um Gewährung des gelegentlichen Wartegeldes mit sofortiger Wirkung einwilligen in den Ruhestand vertritt. Mit der ortszeitweisen Wahrnehmung der Stelle des Polizeipräsidenten in Berlin ist der bisherige Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes, Ministerialrat Diels, beauftragt worden.

18800 Meter Höhe erreicht

New York, 21. November. Die Marineanstalt in Akron (Ohio) erhielt einen Funkpruch von Kapitänleutnant Settle, wonach sich der Stratosphärenballon in etwa 18800 Meter Höhe ungefähr 60 Kilometer südöstlich von Pittsburgh befindet.

Nach einer weiteren Meldung wurde der Ballon um 4.45 Uhr Ostnormalzeit über Baltimore gesehen. Der Ballon hatte um diese Zeit eine Höhe von 18800 Metern erreicht.

Kommunistische Parlamentarier in Letztland verhaftet

Riga, 23. November.

Das Parlament hat nach lebhafter Debatte mit 57 gegen 23 Stimmen entsprechend einer Forderung der Regierung beschlossen, die Immunität aller sieben Mitglieder der kommunistischen Fraktion aufzuheben. Die sieben Kommunisten, die beschuldigt sind, eine die Sicherheit des Staates gefährdende Tätigkeit entfaltet zu haben, wurden sofort nach Schluß der Sitzung verhaftet.

Kerkerstrafe für Abwesenleben

Wien, 23. November.

Der der Teilnahme an dem Anschlag auf Landeskanzler Steidle angeklagte Werner von Abwesenleben ist zu drei Jahren schweren Kerkers und zur Landesverweisung verurteilt worden.

Zum Schlachten

Gewürze, 1. Qualitäten!

Pfeffer, schwarz	Pfd. 0,95
Pfeffer, weiß	Pfd. 1,20
Nelkenpfeffer	Pfd. 0,90
Salpeter	Pfd. 0,75
Zwiebeln	Ctr. 5,50
Muskatnüsse	6 St. 0,20
Knoblauch	3 St. 0,20
Wursteseiler	3 Bd. 0,20

Därme nur 1te Qualitäten!

Kranzdärme	Bund 1,40
Mitteldärme	Bund 4,40
Ochsenbutten	Stck. 0,70
Schweineblasen	Stck. 0,12

Schmalztopfe 1a. Wahl.

2	3	4	6	Ltr.
35	50	65	90	Pfg.

Hess. Lebensmittelhaus.

Inh.: Siebenhausen & Deisenroth

Spangenberg

Markt



National-Sozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbetreibenden, Organisation (NS-HAGD).

(bisher Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes)

Freitag abend 4/9 Uhr

Bersammlung

„Grüner Baum“.

Der Ortsgruppenführer.

Hebung des Obstbaues.

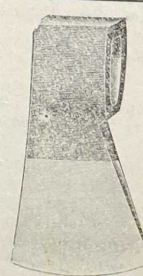
Zur Hebung des Obstbaues findet auf Veranlassung des Kreisobstbauvereins am Dienstag, den 28. November 1933 im Hotel zum Goldenen Löwen ein Fortbildungskursus statt. Von 10—11 Uhr werden in Spezialvorträgen alle brennenden Fragen des Obstbaues behandelt und durch praktische Arbeiten von 2—4 Uhr näher verständlich gemacht. Gleichzeitig ist eine Schau der Kreisobstsorten und praktischer Arbeitsgeräte angeordnet. Um die Bestrebungen des Vereins in alle Teile der Bevölkerung hineinzutragen, findet der Kursus unentgeltlich für jedermann statt.

Spangenberg, den 21. November 1933.

Der 1. Bürgermeister, Reittler.

Klipp's Kaffee

H. Mohr,



Grünspecht-Aeste

mit dem Fabrikzeichen haben folgende Vorteile

hervorragende

Schnittfähigkeit

deshalb große Leistung bei geringem

Kraftaufwand. Kein Ausbrechen,

kein Umlegen der Schneide.

Garantie für jedes Stück!

Georg Klein, Eisenwaren, Spangenberg.

3-Zimmerwohnung

mit Küche und Zubehör

zu vermieten.

Stallung u. Garten vorh.

H. Biermann Elbersdorf.

Chorverein

„Viedertändchen“

Donnerstag Abnd

1/9 Uhr

Gesangsstunde

Der Vorstand

Inserieren bringt Gewinn